



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 242.22 / 01.11.2022

Ich fordere eine Absenkung der Einstellungskriterien für Lehrkräfte in den bundesgeförderten Integrationskursen!

Zu der Situation fehlender Integrationskurse in Schleswig-Holstein sagt die migrationspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Catharina Nies**:

Wir brauchen dringend eine Lösung für den akuten Fachkräftemangel in den bundesgeförderten Deutschsprachkursen. Ich gehe davon aus, dass die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zertifizierten Sprachlehrkräfte nicht nur in Schleswig-Holstein fehlen, sondern deutschlandweit.

Am 19.10. dieses Jahres wurde der Gesetzesentwurf zum Chancenaufenthaltsgesetz in erster Lesung im Bundestag diskutiert. Die geplante gesetzliche Öffnung der Integrationskurse für alle Asylbewerber*innen zum 01.01.2023 ist genau richtig. Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass die Kurse dann tatsächlich angeboten werden können. Und die Wartelisten sind schon jetzt dramatisch lang. Laut Volkshochschulen gibt es keine weiteren Sprachlehrkräfte auf dem Markt, die die formal vom BAMF vorausgesetzten Kriterien erfüllen können. Ich erwarte vom Bund, dass er hier noch in diesem Jahr handelt.

Ich schlage vor die Einstellungskriterien für die bundesgeförderten Sprachkurse um zwei Jahre zu lockern und auch qualifiziertem Personal ohne abgeschlossenes Sprachstudium den Einstieg zu ermöglichen. In dieser Zeit müssen dann die quer einsteigenden Lehrkräfte eine kompakte Fortbildung durchlaufen können. Dann könnten sie ihre Jobs in zwei Jahren weiterführen. Das wäre eine nachhaltige Lösung. Es gibt schon Beispiele, wie z.B. bei den bundesgeförderten EOK-Kursen (Erstorientierungskurse) oder den landesgeförderten STAFF-Kursen (Starterpaket für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein). Daran kann man sich beim Bundesinnenministerium orientieren. Nur schnell muss es gehen.

Außerdem brauchen wir kluge ergänzende Maßnahmen wie Selbstlerner*innen-Kurse mit Lernbegleitung als Zusatzangebot zu den Präsenzkursen. Erfahrungsgemäß nehmen zugewanderte Frauen, insbesondere mit kleineren Kindern, digitale Angebote und Präsenzangebote mit wenigen Stunden pro Woche viel eher an. Sie erfordern weniger Mobilität und sind eher kompatibel mit Kita- und Schulzeiten. Mit diesen Maßnahmen könnten wir laut Schätzungen von Sprachkursträgern drei- bis viermal so viele Integrationskurse anbieten.

Lösungen liegen also auf dem Tisch. Jetzt brauchen wir nur noch das Problembewusstsein auf der Bundesebene.
